

Der Fürst als Visionär

GÜNTHER FRITZ, VATERLAND, 14. FEBRUAR 2005

«Ich hoffe, dass wir es im dritten Jahrtausend schaffen, den idealen Staat zu verwirklichen»

SEINE LEGENDÄRE RUCKSACKREDE RÜTTelte WACH. Zum ersten Mal so richtig als Visionär ist Fürst Hans-Adam II. medial aufgefallen, als er am 12. September 1970 anlässlich einer Berufskunde-Ausstellung in Triesen unter anderem sagte: «Unsere Politik der letzten 70 Jahre kann man nicht einmal als Isolationspolitik bezeichnen, sondern vielmehr als das Umsteigen von einem Rucksack in den anderen» – von der Zollunion mit Österreich zum Zollvertrag mit der Schweiz. Der Fürst forderte eine eigene liechtensteinische Aussenpolitik, sonst werde es einmal ein unangenehmes Erwachen geben. Die Schweiz verlange von Liechtenstein mit Recht, «dass wir entweder selbst laufen lernen oder unsere Selbstständigkeit weitgehend aufgeben».

Mit Fürst Hans-Adam II. sprach Günther Fritz

Durchlaucht, waren Sie sich damals der politischen Nachhaltigkeit Ihrer aufrüttelnden «Rucksackrede» bewusst?

Fürst Hans-Adam II.: Ja, ich hatte die Rede aber vorher mit meinen Eltern, speziell mit meinem Vater, besprochen. Wir hatten im Fürstenhaus den Eindruck, dass wir in der Aussenpolitik unbedingt etwas unternehmen müssen. Es war damals schon abzusehen, dass die Efta politisch gescheitert war. Die Frage war also: Wohin geht der Zug in Europa? Wie positionieren wir uns? Einflussreiche Kreise in der Schweiz diskutierten schon damals eine mögliche Mitgliedschaft der Schweiz in der EWG, was nach unserer Meinung für unser kleines Land damals wie heute keine optimale Lösung wäre. Es kam hinzu, dass unsere Souveränität sowohl in Europa als auch ausserhalb Europas immer wieder in Frage gestellt wurde. Als junger Erbprinz konnte ich die doch recht provozierende Rucksackrede besser halten als mein Vater. Wir sind uns im Fürstenhaus immer bewusst, dass wir in der liechtensteinischen Aussenpolitik Jahre, wenn nicht Jahrzehnte vorausdenken müssen und dass die Politik oft Jahrzehnte hinterherhinkt. Aber das ist nicht nur ein Problem der liechtensteinischen Politik, sondern der Politik im Allgemeinen.

Schon 1970 forderten Sie als Erbprinz die Schaffung von Wirtschaftsräumen ohne Berücksichtigung der Landesgrenzen, in unserem Falle also eine Region, die das schweizerische, liechtensteinische und österreichische Rheintal umfasst. Wie beurteilen Sie aus heutiger Sicht die regionale Zusammenarbeit?

Mit Riesenschritten ist das vorangegangen, Gott sei Dank. Wir haben jetzt im Grunde genommen mehr oder weniger offene Grenzen. Wenn jetzt noch Schengen kommt, wird es ja noch besser, und dann haben wir es wirklich erreicht. Dann ist wirklich jede Barriere gefallen und das finde ich sehr schön, dass man das erleben kann.

Wie beurteilen Sie aus heutiger Distanz Ihre in der Feldkircher Rede von 1987 vorgetragene Idee, in Liechtenstein eine reine Metallwährung einzuführen?

Ich glaube, das wäre immer noch eine interessante Lösung für das Land. Ich frage mich, ob wir generell nicht wieder zurückkehren werden auf eine Metallwährung. Papierwährungen haben ihre Probleme, Metallwährungen auch, aber ich hatte damals ein Konzept ausgearbeitet, welches meiner Ansicht nach die Problematik der Metallwährung berücksichtigt. Vielleicht wird das einmal in einem anderen Land verwirklicht.

Auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht sind Sie Ihrer Zeit vorausgeeilt. Schon früh haben Sie Ihre liberale Haltung zum Ausdruck gebracht, die Sie zum Beispiel in der Thronrede vom 5. März 1991 so formulierten: «Der Staat soll sich im Konkurrenzkampf der Marktwirtschaft auf die Rolle des Schiedsrichters beschränken und nicht versuchen, gleichzeitig auch noch Spieler zu sein. Ausnahmen sollte es nur dort geben, wo die Privatwirtschaft nicht oder noch nicht tätig ist.» Inwieweit sind Ihre Liberalisierungs-Vorstellungen von damals umgesetzt worden?

Wir haben gewisse Fortschritte hier in Liechtenstein erzielt. Aber wir sind selbst in Liechtenstein, das ja im Vergleich mit anderen Staaten ein sehr liberaler Staat ist, immer noch meilenweit von dem entfernt, was ich mir als idealen Staat der Zukunft vorstelle. Ich kenne im Moment keinen Staat, der so weit ist. Ich werde es zwar nicht mehr erleben, aber ich hoffe doch, dass wir es im dritten Jahrtausend schaffen werden, den idealen Staat zu verwirklichen.

In Ihrer Thronrede vom 27. März 1985 sagten Sie, dass eine Beschränkung des Staates auf seine wesentlichsten Aufgaben der erfolgversprechendste Weg sei. Auch Ihr Sohn, Erbprinz Alois, hat postuliert, der Staat soll sich auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Wenn man die Entwicklung des Personalstandes bei der Landesverwaltung sowie die immensen Beitragsleistungen des Staates anschaut, hat man nicht den Eindruck, dass die Regierung in diese Richtung marschiert. Welchen Weg sehen Sie diesbezüglich als den richtigen an?

Politisch ist das Zurücknehmen von Staatsaufgaben immer sehr schwierig. Viele Menschen erwarten nämlich, dass der Staat das Himmelreich auf Erden schafft.

Insbesondere wenn Überschüsse und Reserven finanzieller Art vorhanden sind, geht der Hang natürlich in die Richtung, dass sich die Menschen vom Staat die Erfüllung von diesem und jenem Bedürfnis erwarten. Es ist in einer Demokratie auch so, dass sich die Politiker die Stimmen mit Steuergeldern erkaufen möchten. Man nimmt mit der einen Hand den Bürgern das Geld weg, damit man sich mit diesem Geld in der anderen Hand die Stimmen erkaufen kann. Deshalb wird es nie leicht sein, den idealen Staat der Zukunft zu realisieren.

In vielen europäischen Ländern wird über Massnahmen zur Sicherung der Renten nachgedacht. Inwieweit sehen Sie aufgrund der demografischen Entwicklung auch Handlungsbedarf in Liechtenstein?

Aufgrund der demografischen Entwicklung werden wir in Liechtenstein, wie in anderen Staaten, ein grosses Problem bekommen, wenn wir die Renten mit dem Umlagesystem finanzieren. Liechtenstein ist da noch in einer viel besseren Situation als andere Staaten, wenn es rechtzeitig handelt. Wir könnten ohne grosse Probleme mit den Reserven, die bei der AHV liegen, plus den Reserven des Staates, auf ein Kapitaldeckungsverfahren umsteigen, sodass jeder über seinen eigenen Pensionsfonds verfügen kann. Jeder kann dann selbst entscheiden, wann er in Pension gehen will. Vielleicht will er nie in Pension gehen, sondern möchte die Leistung, auf die er in Form einer Kapitalauszahlung oder in Form einer Pensionszahlung Anspruch hat, seinen Kindern oder Enkeln vererben. Von dieser Seite würde es dem Einzelnen wesentlich grössere Freiheiten geben, zu entscheiden, wie und wann er in Pension gehen will. Da braucht es dann keine staatliche Regulierung; jeder geht, wann er will und je nachdem, wie er es sich leisten kann. Natürlich braucht man bei einem solchen System auch die soziale Komponente. Es muss so sein, dass die reicheren Leute mehr einzahlen, damit dann auch der wenig Verdienende oder die nicht arbeitende Hausfrau über einen solchen Pensionsfonds verfügt. Von der Finanzierung und der sozialen Komponente her würde sich bei einem solchen System nichts Wesentliches ändern, aber man würde Folgendes erreichen: Diesen Personen würde die Möglichkeit gegeben, danach über einen Kapitalstock zu verfügen. So könnte man in ärmeren Schichten der Bevölkerung Vermögen aufbauen. In der Vergangenheit habe ich das Problem und die vorgeschlagene Lösung mit verschiedenen Politikern besprochen, aber die Zeit scheint dafür politisch noch nicht reif zu sein.

«Aus Gründen der Steuergerechtigkeit ist das Prinzip der Einkommenssteuer in Liechtenstein zu begrüssen, aber aus dem gleichen Grund soll es so einfach wie möglich gestaltet werden.» Das sagten Sie in Ihrer Thronrede vom 16. April 1986. Eine grundlegende Steuerreform ist jedoch bis heute ausgeblieben. Wie sollte gerade auch im Hinblick auf das Abkommen zwischen Liechtenstein und der Schweiz über die Zinsertragsbesteuerung unser künftiges Steuerrecht ausgestaltet werden?

Steuern an sich sind eine komplexe Angelegenheit, selbst in Liechtenstein, obwohl viele ausländische Staaten bewundern, wie einfach unser Steuersystem ist. Ich habe vor vielen Jahren einmal von Fachleuten ein einfaches Konzept für Liechtenstein ausarbeiten lassen. Aber auch damals war die Zeit noch nicht reif dafür.

Wir werden aber früher oder später nicht darum herumkommen, ein grundsätzlich neues Steuerrecht auszuarbeiten, welches international kompatibel ist. Wenn wir nichts unternehmen, wird man uns de facto von aussen ein solches aufzwingen. Es würde aber den Rahmen dieses Interviews sprengen, hier dieses Konzept im Einzelnen zu erklären. Ich hoffe, es wird nach den Wahlen möglich sein, so ein Konzept umzusetzen.

Sie haben schon vor Jahren von der Einführung von Bildungsgutscheinen gesprochen. Inwieweit sehen Sie trotz der positiven Pisa-Ergebnisse der liechtensteinischen Schülerinnen und Schüler noch einen bildungspolitischen Handlungsbedarf?

Wir haben kein schlechtes System, aber ich glaube, wir erkennen selbst, dass da Schwachpunkte vorhanden sind. Ich bin immer noch davon überzeugt, dass dieses Gutschein-System das beste System ist. Auch im Hinblick darauf, dass es dem Staat bzw. den Gemeinden erlaubt, sich von unnötigen Verwaltungsaufgaben zu entlasten. Der Staat soll zwar weiterhin die Rahmenbedingungen festlegen, er soll aber nicht mehr die Schulen selbst betreiben. Bildungsgutscheine hätten den Vorteil, dass man eine Entlastung des Staates erreicht und gleichzeitig weniger bemittelten Menschen die Möglichkeit bietet, ihre Kinder auf Privatschulen zu schicken. Bei uns ist das im Moment noch nicht so ein Problem, aber in anderen Staaten kann man die Entwicklung beobachten, dass die Kinder reicher Eltern auf gute Privatschulen geschickt werden, während die öffentlichen Schulen immer schlechter werden.

Da gäbe es die Möglichkeit, den sozialen Aspekt zu berücksichtigen und einen Wettbewerb zwischen den Schulen herbeizuführen, um kindergerechter in den Schulen zu produzieren. Kinder sind mit ihren Anlagen nun einmal unterschiedlich. Wenn man versucht, alle über einen Kamm zu scheren, wird man dem Einzelnen oft nicht gerecht. Gewisse Kinder sind einseitig begabt, über- oder unterbegabt, die einen entwickeln sich schneller, die anderen langsamer. Da denke ich mir, dass es von Vorteil wäre, nicht nur Kindern reicher Eltern ein vielfältiges Bildungsangebot zu ermöglichen.

Die Gelder der öffentlichen Hand für die Bildung würden in so einem System nicht den Schulen gegeben, sondern über Gutscheine den Eltern, welche bei den zugelassenen Schulen diese Gutscheine einlösen. Die Kosten bleiben gleich, das System wird kindergerechter.

Von der Wissenschaft wird dies zum Teil schon lange gefordert, aber wie gesagt, die Politik hinkt in vielem meistens Jahrzehnte hinterher. Liechtenstein könnte ein zukunftsweisendes Schulsystem verwirklichen, welches international auf grosses Interesse stossen würde.

Am 9./10. Dezember 2001 wurde das Liechtenstein-Institut für Selbstbestimmung in Princeton feierlich eingeweiht. Dieser Akt markierte den Höhepunkt der jahrelangen Unterstützung der an der Woodrow Wilson School in Princeton betriebenen und durch Sie finanzierten Forschung zum Themenbereich Selbstbestimmungsrecht. Durchlaucht, wie weit entfernt ist die UNO noch von Ihrer Vision einer nach Art der Menschenrechtskonvention geschaffenen Selbstbestimmungskonvention?

Davon sind wir noch weit entfernt. Mir war von Anfang an klar, dass dies keine Aufgabe von Jahren oder Jahrzehnten ist, sondern eine generationenübergreifende Aufgabe. Damit wird sich wahrscheinlich noch mein Enkel auseinander setzen müssen. In der Politik muss man einen sehr langen Atem haben und sich für gewisse Sachen die Zeit nehmen, diese immer wieder aufzugreifen. Mit diesem Thema werde ich mich selbst noch weiter beschäftigen.

Durchlaucht, Sie haben anlässlich der Amtsübergabe am Staatsfeiertag davon gesprochen, ein Buch zu schreiben über die Frage: Wie soll der Staat im dritten Jahrtausend ausschauen? Inwieweit sind Ihre Arbeiten fortgeschritten?

Schon recht weit. Ich habe einen Grossteil des Buches zumindest in Rohform auf Deutsch geschrieben. Dann möchte ich es auf Englisch übersetzen, da ich das Manuskript mit verschiedenen Professoren und Fachleuten besprechen will.

Im Buch beschäftige ich mich mit der Frage: Woher kommt die Menschheit und wohin geht sie? Wie sind die Staaten überhaupt entstanden, wohin gehen sie, was sind ihre Aufgaben in der Zukunft? Das Buch soll vom Inhalt sehr umfassend sein und trotzdem kurz und prägnant. Es soll kein Werk von 500 Seiten sein, welches nur von Fachleuten gelesen wird, sondern sich mit 100 bis 200 Seiten an den Normalbürger richten. Schliesslich entscheidet er ja in der Demokratie, wie der Staat der Zukunft aussehen soll. Ob ich das Buch publiziere, entscheide ich allerdings zu einem späteren Zeitpunkt.